

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 500 Mark für einen Monat ohne die Postgebühren für Zustellung. Es ist nur Postbezug zulässig.

Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend. Das einzelne Exemplar kostet 25 Mark, Porto extra.

61. Jahrgang

Leipzig, den 16. Juni 1923

Nummer 58

Die Bezugserneuerung für den Monat Juli muß sofort bei der Post bewirkt werden. Bezugspreis 1000 M.; für Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker 750 M. Rückgewährung bei der Beitragsentrichtung.

Bekanntmachung

Infolge der neuerlichen Lohnsteigerung hat sich das Mißverhältnis zwischen Beitrag und Stundenlohn derart vergrößert, daß es bei den fortgesetzt steigenden Anforderungen, die an die Verbandskasse gestellt werden, untunlich erscheint, die Beitragseinnahmen auf dem für den Monat Juni vorgesehenen Stand zu belassen. Da einer direkten Erhöhung des Beitrags in der Monatsmitte erhebliche verwaltungstechnische Schwierigkeiten entgegenstehen, hat sich der Vorstand gezwungen gesehen, ausnahmsweise wieder zu der Ergänzungsmaßnahme der Erhebung von Extrabeiträgen zu greifen. Der Vorstand hat in seiner Sitzung vom 11. Juni beschlossen, für den

Monat Juni zwei Extrabeiträge von je 1000 M.

auszuschreiben. Die Extrabeiträge sind von allen in den Wochen vom 18. bis 23. und vom 25. bis 30. Juni Vollbeschäftigten sowie auch von in diesen Wochen beitragspflichtigen Kurzarbeitern zu leisten. Gewerkschaftsmitglieder haben die Extrabeiträge in voller Höhe zu zahlen, Invalidenfassenmitglieder zahlen zwei Extrabeiträge in Höhe von je 250 M. Vom 1. Juli an werden dann neue Beitrags- und Unterstützungssätze in Kraft gesetzt werden.

Berlin, den 12. Juni 1923.

Der Vorstand

Kapitalismus, Staat und Regierung

In einer Woche vollenden sich sieben Monate der großbürgerlichen und großkapitalistischen Regierung Cuno. Außer den in Nr. 55 schon als noch verdaulich genannten Ministern Dezer und Brauns kann der Reichszangler als ein Mann gelten, der für das Volksganze guten Willen zeigt, der aber den Ozeanflürmen unsres politischen und wirtschaftlichen Betriebes von heute denn doch zu wenig gewachsen ist; das würde ja auch einem ausgesprochenen politischen Kopfe leicht schwer fallen. Cuno hat, indem er bei seinem Antritt sich einen rheinischen Sonderbündler als Ernährungsminister aufhängen ließ und zu einem späteren Zeitpunkt ahnungslos mit dem deutschvölkischen Putschbereiter Kobbach Zwiesprache über die deutsche Gegenwart hielt, zwei ausgemachte Proben politischer Unerfahrenheit geliefert. Mit der Rosenbergschen reaktionären Triebkraft und ähnlichen Instinkten von Vertrauensmännern der Nebenregierung aus den Kreisen der deutschen Wirtschaft hat er die ruhmlose Note vom 2. Mai als ein Puschwerk der deutschen Diplomatie auf dem Gewissen. Er ist eben wegen seines mangelnden politischen Intellektes ein Mann der gottgewollten Abhängigkeiten. Man muß Cuno jedoch anerkennen, daß er, entgegen den unverantwortlichen und auch meistens unbesonnenen Ratgebern der Reichsregierung vom Großkapital und der Hochfinanz her, im November die Courage hatte, den wie laures Bier ausgebotenen Reichskanzlerposten zu übernehmen. Die Leute der vierzehn Punkte vom 25. Mai, die leider nicht nur in bloßer Einbildung vorhandenen großen deutschen Wirtschaftsdiktatoren, hatten in den Tagen der Suche nach einem Nachfolger des impulsiven Wirth sich in Unterständen verkrüppelt. Als dann die Gefahr vorüber war und verkündet werden konnte: Habemus papam (in diesem Falle: Wir haben einen Reichskanzler), da kamen die wirklich starken Männer wieder aus ihren Verstecken hervor wie die Regenwürmer nach einem ergiebigen Ge-

witter. Daß der so schwer gefundene neue Regierungsleiter ihnen in der Erfüllungspolitik nicht gefährlich werden und die von den Gewerkschaften noch unter Wirth schon energisch geforderte Marktstabilisierung nicht gelingen dürfte, daß es Cuno ferner nicht gelingen sollte, wie Wirth im Juli 1921 zu versichern, bei einem Bloß gegen die Arbeiterschaft werde man ihn auf der Seite des Proletariats finden, das galt bei ihnen ohne weiteres als selbstverständlich.

Wenn also unter Cuno von einer Politik der Resultate gesprochen werden soll, dann wären sie nur in positiven Erfolgen derjenigen zu suchen, die bei allem lediglich auf den eignen Nutzen bedacht sind und die mit ihren brutalen Gewinntrieben gar keinen Blick mehr für das Volksganze haben. Würde in Deutschland es nach den Notwendigkeiten und dem Willen des wirklichen Volkes gehen, dann hätte die Regierung Cuno schon vor längerer Zeit wieder abtreten müssen.

Poincaré, der Schreckensmensch für alle Welt, läßt allerdings Deutschland eine starke Regierung besitzen. Die neue deutsche Note vom 7. Juni ist ihm trotz ihrer ganz offenkundigen Beeinflussung durch England und trotz der ihr anzuerkennenden Gradheit und Ehrlichkeit im Wortlaut und Angebot noch zuwider. Daß die verheißenen 30 Goldmilliarden noch zu größeren Erpressungen gegen Deutschland ausgebaut werden würden, konnte von vornherein angenommen werden. Was Frankreich als Reparationspolitik verfolgt, ist nicht nur für Deutschland ein großes Unglück, was Deutschland als solche bisher betrieblen hat, war für Frankreich der Anreiz zu immer neuen Repressalien. Jetzt kommt der mit der Aktion an Ruhr und Rhein so und so doch fehlgegangene Poincarismus und macht die Einstellung des passiven Widerstandes zur Voraussetzung alles weiteren. Die „starke“ deutsche Regierung solle nur ablassen, Bergarbeiter, Eisenbahner und Beamte würden dann für Frankreich als Wohlthäter der Menschheit arbeiten.

Der Mann der raketönden Prologe, auf den das neue imperialistische System des Poincarismus zurückführt, ist ein ganz schlechter Psychologe. Die angewandten französischen Methoden sind doch das Gegenteil von moralischer Eroberung! Poincaré ist gerade der Blicke des passiven Widerstandes. Wenn er von der deutschen Regierung die Einstellung des passiven Widerstandes verlangt, um von der Ruhrbesetzung unter Wahrung des Prestiges loszukommen, so fordert er damit etwas, was ganz entgegengesetzt zu viel für die schwache deutsche Regierung ist. Da müssen schon die französischen Gewalthaber selbst mit Hand anlegen. Daß sie sich darin zu helfen wissen, wenn es sein muß, kann man ja an ihrem Verhalten zu den Kommunisten beobachten. In Frankreich Vergewaltigung der Kommunisten, in Deutschland aber können die französischen Gewalthaber die Sanftmut selbst sein. Die Sabotageakte im neubefesteten Gebiete, ob sie nun von den in Bayern in Reinkultur gezüchteten „Deutschlandrettern“, von deutschen Französlingen oder richtigen Franzosen oder von radikalen Fanatikern verübt werden, müssen mit allem Nachdruck öffentlich gebrandmarkt werden. Sie vernichten doch eigentlich deutsches Eigentum. Es muß alles getan werden und es darf nichts unterbleiben, die Leiden der Bevölkerung in den von den Franzosen und Belgiern heimgeführten Orten und Gegenden abzukürzen.

Die deutsche Regierung hat die Note vom 2. Mai durch die vom 7. Juni tatsächlich in beträchtlichem Maße outgemacht; ihre vormaligen Ratgeber waren ganz gefährliche Erfüllungspolitikler. Nun kann aber auch erwartet werden, daß die andern Staaten der Allmacht Frankreichs entgegentreten. Der Weltkrieg muß doch endlich einmal ein Ende nehmen! Die in der vierten Maiwoche in Hamburg zusammengefloßene neue sozialistische Internationale hat in großer Einmütigkeit ihr Verdict über den Poincarismus gefällt. Es wurden wunderwolle Heben gehalten und der Völkerrfriede in allen Tönen und Sprachen gefeiert. Der Abstand zur Wirklichkeit ist aber zu groß. Die neue Internationale kann sich hier erproben. Der internationale Kapitalismus wird niemals den französischen Imperialismus in die Schranken weisen.

Wir haben nun in einigen Monaten das fünfte Jahr seit der Revolution von 1918 hinter uns. Der Ausgang des Weltkrieges mußte

viel Bitteres bringen und wird das deutsche Volk noch auf lange Zeit darniederhalten. Daß aber noch aus andern Gründen unsere Lage so elend ist, ist die bitterste Lehre in den fünf Jahren. Man denke zurück an die Zeit vom 8. November bis in das Frühjahr 1919 hinein. Wie war damals von vielen, und gerade von den Radikalen, der Kapitalismus zu den Toten geworfen worden, welche dicken Löhne wurden angeschlagen, daß der Sozialismus marschiere! Doch wie fürchterlich hat sich der deutsche Kapitalismus in dem nur kurzen Zeitraum von viereinhalb Jahren entwickelt, wie ist Deutschland mit seiner Kapitalkonzentration und in der Gewalt seiner Wirtschaftskartelle selbst schon über amerikanische Maßstäbe hinausgerückt!

Die Großindustriellen, die in den Novembertagen 1918 sich angstschlottend in die Kauflöcher vor dem zur Regierung gelangten Proletariat verflochten hatten, sie bilden heute einen Überstaat, diktiert im Verein mit den Finanzgewaltigen einem großen Volke seine Existenzbedingungen und stellen vor die Pflicht, der Allgemeinheit zu dienen, den Profit. Wenn Poincaré nicht wie ein Stier operieren würde, dann bräuhete er sein kategorisches Verlangen, erst den passiven Widerstand aufzugeben, gar nicht so hinauszuführen. Denn wie die Wirtschaftsdiktatoren die Einheitsfront durchbrochen haben mit der sabotierten Goldanleihe und dem Marksturz und wie sie in erster Linie nun dem deutschen Volke eine ungläubliche Teuerungssucht auf den Hals geholt haben, das kann ja dem Widerstande gegen fremde Gewalt das Genick brechen. Von der Sozialisierung sind wir ganz abgekommen und sollen nach dem Willen der starken Männer von Kapitalgnaden in Eiltempo zur Privatisierung der Wirtschaft gebracht werden. Die Reichsregierung hat der Entente über die Reichsbahnen schon einen Vorschlag unterbreitet, der in dieser Richtung geht. Es wird noch mehr kommen, wenn die Politik der Sachwertverfassung nicht in ganz andre Bahnen gedrängt werden kann.

Ein entsetzliches Empfinden ist es, für diese schlimme Wandlung der Dinge die Arbeiterschaft mit ihrer Selbsterleischung verantwortlich machen zu müssen. Der radikale einer hat unlängst in einem Buche („Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung“, Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei) aus seinem eignen Erleben als (gewesener) Kommunist dargelegt, wie unheimlich stark das Irren ist. Dr. Kurt Geyer hat sich wieder davon zurecht gefunden, aber der Kapitalismus hat sich prächtig gesund gemacht dabei. Er ist der große Kuhnhebel des Weltkrieges und des Bruderkrieges in der Arbeiterschaft.

Die von allen verständigen Leuten abgewiesene Parole von der Diktatur des Proletariats hat nun mehr oder weniger der Tatsache einer Diktatur des Großkapitals Platz gemacht. Diese Entwicklung der Dinge darf nicht mit blohem Bedauern abgetan werden. Man muß vielmehr der schädlichen Parolenaktion der beim Kommunismus beginnenden eigentlichen Linksgruppen schärfer entgegenreten, den vom Nationalismus oder Antifeminismus besessenen Katastrophepolitikern von rechts aber mit Kampf in jeder Weise dienen, die eigne Politik jedoch auf größere Aktivität einstellen.

Reichskanzler Cuno hat am 9. Juni in seiner an die Vertreter der Presse, in Wirklichkeit aber an die deutsche Nation gerichteten Rede in Münster manches gute Wort gesprochen. Seine Ausführungen gegen die großkapitalistische Nebenregierung kann man auch gelten lassen. Da der Reichswirtschaftsminister Beder hier die Dinge anders betrachtet, und das zwar in einem der Volksallgemeinheit nur abträglichen Sinne, so ist auch damit dargelegt, wo die Quellen der inneren Schwäche der Reichsregierung zu suchen sind. Die Verwahrung dagegen, daß nicht genügend Tatkraft zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Mißstände aufgebracht worden sei, ist jedoch Cuno mißfällig. Mag er in diesem Betracht seinem eignen Willen auch eine günstigere Note ausstellen können, die Rezepte, wonach Beder und Hermes regieren, verderben abtut.

Cunos Rede in Münster kann auch als das Bestreben gemertet werden, gegen den herausfordernden Übermut der Schwerindustrie aufzutreten, der in dem fatosen Garantieangebot vom 25. Mai drastisch wie noch nie zutage getreten ist. Die achtzehn Dolchstöße, die dieses höchst gravierende Schriftstück mit ihren Namen gedeckt haben, sind diesmal mit ihrer Diktatur des Kapitals aber ebenso verunglückt wie die deutsche Regierung mit ihrer Note vom 2. Mai an die Entente. Eigentlich schwerer noch, denn die deutsche Regierung hat mit entlichem Rate das zweite Mal viel besser operiert.

Im „Berliner Tageblatt“ hat der innerpolitische Redakteur Erich Dombrowski den Stinnes und Profitgenossen am 29. Mai (Abendausgabe), der Chefredakteur Theodor Wolf am 11. Juni in seinem Montagsartikel und H. v. Gerlach in der „Welt am Montag“ vom 4. Juni etwas in das Stammbuch geschrieben, das sie sicherlich erwartet haben. Der „Vorwärts“ aber ließ es zunächst an der nötigen Würze in der Abwehr fehlen. Wir gehen mit Dombrowski nicht in allem konform. Seine Auffassung über die Notwendigkeit völlig freier Wirtschaft kann niemals von einem Gewerkschaftsblatte geteilt werden. Wie Dombrowski aber die Schwerindustrie mit den selbständig gewordenen Vasallen des Mittelalters vergleicht, die dem Kaiser römisch-deutscher Nation an Abgaben und Steuern vorenthalten, was des Reiches ist, und wie er den Industrieherrschenden, den Finanzfürsten und den großen Herren von Ar und Palm ihre kolossalen Gewinne in der Kriegs- und

in der Nachkriegszeit vorrechnete, dazu ihre jetzt angebotenen Bescheidenden „Opfer“ in Vergleich stellte und demgegenüber beleuchtete; welche immensen Summen sie aus den Reichs- und Staatsbetrieben herausgewirtschaftet haben wollten, das war gut gemacht. Der Reichskanzler hat in Münster darauf angespielt und Front dabei gegen den großen Besitz genommen.

Zu diesen Unmöglichkeiten — es müßte denn der Griff an die Gurgel des Staates als eine Bevorratung des Großkapitalismus angesehen werden — verlangten noch die Wirtschaftsdiktatoren, „offenes Bekenntnis von Regierung und Volk“, ferner „sofortige Verwirklichung derselben durch alle beteiligten Faktoren“ und erklärten kriechend und frech, wenn man ihr Produktivitätsprogramm nicht schlucken wolle, werde „die Wirtschaft“ einfach nicht mittun. Das schlug dem Tab den Boden aus. Man begab sich darauf an das Kommentieren und verjuchte das Garantieangebot „in seinem wirklichen Sinne“ verständlich zu machen. Dabei kam jedoch eine vollständige Revision heraus, die kaum noch mit Sinn und Wortlaut des Ultimatum in Einklang zu bringen ist. Das beweist wenigstens Einigkeit darüber, daß man dem Bogen tüchtig überspannt hatte. Diese Erkenntnis ist jedoch nicht wert, denn die großen Prozentpatrioten, von denen der Hansabund, ebenfalls abrückte, sind in kaum zwei Jahren mit ihrer dem Staate zugehenden Hilfe in schwerster Weise rückfällig geworden. Auch mit Erweiterungen ihrer Hilfsbereitschaft warten die Schwerindustriellen Diktatoren auf, denn jetzt verlangten sie noch die Hebung der Steuermoral. Das macht sprachlos; die Steuerheuen sind doch hierfür die schlechtesten Anwälte. Am Strafgesetzbuch heißt es verschiedentlich, auch der Versuch ist strafbar; zum zweiten Male liegt ein Versuch von dieser Seite vor, den Staat vor ihren Wagen der Einzelinteressen zu spannen und die Allgemeinheit noch schimmer bluten zu lassen. Das Schicksal der Republik bedarf gewiß mancher Ausgestaltung und vor allem unnachlässiger Durchführung — die Macher des Garantieangebotes gehören wohl nicht am letzten zu den staatsgefährlichen Elementen, die vor den Staatsgerichtshof gestellt werden müßten!

Wir versprachen in Nr. 55, dem von den Gewerkschaften dem Reichskanzler gehaltenen Korreferat zu dem so ungenügenden Garantieangebot noch eine nähere Betrachtung zu widmen. Bekanntlich mußte es Cuno aufgenötigt werden. Die christlichen Gewerkschaften haben nicht mitgemacht, sie geben wirtschaftspolitisch jetzt einmal wieder eigne Wege, die ihnen von ihren „aroben“ Politikern (Siegerwald usw.) verkehrterweise angeraten werden. Das, was sie freien und die Christ- und Dünkerschen Gewerkschaften mit der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände dem Reichskanzler am 1. Juni als Standpunkt der werktätigen Volkes eröffnet haben, war für den Reichsverband der deutschen Industrie sofort Veranlassung, in einer von ihm herbeigeführten Pressebesprechung zu „widerlegen“. Darauf kommt es hierbei nicht an, denn die Gewerkschaft hat sich ja festgerannt.

Die Gewerkschaften haben weder mit der Reichsregierung noch mit dem Reichsverband der Industrie über ihre gegenwärtige Stellungnahme verhandelt. Eine so etwas besagende Pressenotiz war Schwindel. Im „Korrespondenzblatt“ vom 2. und vom 9. Juni kann man ihren Standpunkt vollständig kennen lernen. Wir verweisen deswegen hier darauf. In der Hauptsache ist daraus hervorzuheben:

Die Stellungnahme der Industrie bringe allerdings die grundfähigste Zustimmung zum Gedanken der Sachwertverfassung. Raubezu wirkungslos werde diese Zustimmung aber durch die außenpolitischen und innenpolitischen Voraussetzungen von der Industrie gemacht. Die Industrie sehe das Gesamtproblem der Reparation über den Staat hinweg von Industrie zu Industrie lösen zu wollen. Die Staatsautorität müßte aber unerträglich geschwächt werden, wenn die Reichsregierung sich auf Bedingungen des Reichsverbandes einlasse. Die Sachwertverfassung könne nur auf dem Wege der gesetzlichen Regelung verwirklicht werden. Die geforderte grundsätzliche Fernhaltung des Staates von der privaten Gütererzeugung und Verteilung schaffe Zustände wie vor 80 Jahren; Profitstreben würde lediglich Antriebsmotor der Wirtschaft sein und gemeinwirtschaftliches Denken vollständig erlöset werden. Die Gewerkschaften müßten sich gegen die Privatisierung der Reichs- und Staatsbetriebe erklären. Die Industrie sei auf die Schonung der Privatwirtschaft und des Privatvermögens bedacht. Die Unterschätzung der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ließe in Widerspruch zu dem angenommenen Leistungsfähigkeit der Reichs- und Staatsbetriebe. Der Wille zu ausreichender Steuerleistung sei bei der Industrie sehr zu vernünftigen, die Arbeiterschaft aber werde mit dem vollen Geldeverbleib bei der Besteuerung ersucht. Es sei unerträglich, daß die Industrie ihre wirtschaftliche Macht durch Stellung von Bedingungen bei Erfüllung von Staatsnotwendigkeiten auszunutzen suche.

Aus der Anlage mit Einzelheiten ist erwähnenswert: Die verlangte völlige Aufhebung der Kriegs- und Jangzwangswirtschaft sei zum Nachteil der großen Masse bereits zum größten Teile erfolgt. Wo sie noch bestehe, haben sich die Preise dennoch dem Weltmarktwerte genähert; es lämen nur noch Verteilungsvorrichtungen in Betracht. Die Außenhandelskontrolle sei zum Schutze der deutschen Wirtschaft vor Substanzverlust gefaßt, auch sie wäre schon im Ablauf begriffen. Die sofortige Aufhebung der Demobilisationsvorschriften sei für die gesamte Wirtschaft antragbar. Die geforderte Beschränkung der Staatsgewalt auf das Sachbezugsamt in wirtschaftlichen Streitigkeiten von allgemeiner Bedeutung lasse einen überaus bedauerlichen Mangel an sozialer Einsicht erkennen; dieser Mangel in das trasselle Mandatschereum lasse sich kaum sachlich charakterisieren. Eine Hebung der Steuerkraft sehe voran den Zerfall der Industrie und der übrigen Wirtschaftskreise, noch länger Anhalten der Geldentwertung bei der Steuerleistung zu sein. (Für eine linke Steuerreform zum Zwecke der Ausbalsamierung des Reichshaushaltelates werden dann Richtlinien vorgeschlagen.) Der verlangte volle Einsatz der vorhandenen Arbeitskraft für quantitative und qualitative Hebung der Produktion und Entlastung der Wirtschaft von unproduktiven Löhnen bedeute auch die Anerkennung des Reichs auf volle Beschäftigung. Die Entlassung von Arbeitern sowie die teilweisen und periodischen Betriebsbeschränkungen würden dem aber entgegen. Die grundsätzliche Aufrechterhaltung des achtstündigen Tages durch die Industrie, daneben die verlangte Erhöhung der Tariflöhne hierzu mit der von ihr gleichzeitig akzeptierten langen Fristen gesetzlicher Ausnahmen in den vorliegenden Arbeitsverhältnissen bedeute eine große Aufhebung der Effektivität. Die Industrie fordere in Wirklichkeit gefaßte Berücksichtigung zu mehr als achtstündiger Tagesarbeit, unterläßt durch unbeschränktes Entlassungsrecht der Unternehmer. Das sei die Abwägung des dem Reich aufzuerlegenden Teiles der Reparationslasten auf der Arbeitnehmers. Durch Arbeitsentlassung und Sünden sollten die Verunsicherung der dem Reichlande gefaßten Milliarden aufbringen. Unabsehbare soziale und wirtschaftliche Kämpfe müßten daraus entspringen; denn niemals würden die Gewerkschaften eine solche Entlastung der Arbeiter dulden.

Die Lebenshaltung der arbeitenden Schichten bewegt sich heute schon mit wenigen Ausnahmen an der Grenze der nackten Existenz. Nicht nur auf dem Salutaumping, sondern auch auf dem gesamten Lebensstandard der deutschen Arbeiter beruht größtenteils die Exportgewinne der deutschen Industrie. Eine noch weitere Verschärfung ihrer Lebenslage durch Erhöhung der Reparationslasten würde den Arbeitern unmöglich; sie werden sich dagegen zu wehren wissen. Die Beschlüsse des Reichsverbandes der Industrie seien für die Lösung des Gesamtproblems der Reparation unbrauchbar, an einer gesunden Lösung würden die Gewerkschaften mitwirken.

Das sind nur Stichworte aus dem langen Entgegnungsschreiben an den Reichsanwalt, das auf einen offiziellen Ton abgestimmt sein mußte, und das logisch einen guten Aufbau zeigt. Die Teilnahme der Hirsch-Dunderschen an dem Protest zwingt auch zu gewissen Rücksichten. In der Nummer vom 2. Juni hat das „Korrespondenzblatt“ eine eigene Stellungnahme zum Ausdruck gebracht, die etwas schärfer gehalten ist.

Wir müssen aber sagen, daß uns das Auftreten gegen die im September 1921 von dem Reichsverbande der deutschen Industrie ausgehende, von Stinnes und Anhang dann sofort sabotierte Kredithilfe zugunsten des Reiches sowohl von den Spitzen der Gewerkschaften wie im „Korrespondenzblatt“ besser gefallen hat. Damals wurde in der offiziellen Stellungnahme von einer „Provokation der gesamten werktätigen Bevölkerung“ gesprochen. (Vergleiche „Korrespondenzblatt“ vom 12. November 1921.) Das Auftreten der Schwerindustrie war damals aber noch nicht so frech. Hoffentlich läßt es die gesamte Gewerkschaftspresse nicht an einer gebührenden Abweisung der Industrie fehlen, die noch nicht ihren letzten schamlosen Versuch, die Arbeitnehmer vorzuspannen, um sich noch mehr zu brüden und den Staat noch ärger in ihre Gewalt zu bekommen, unternommen haben wird. Einzelne Gewerkschaftsblätter haben bereits guten Anfang zu einer allgemeinen Protestaktion gemacht. Der „Korr.“ hat bekanntlich am 6. Juni schon einmal den deutschen Wirtschaftsdiktatoren erklärt, daß ihnen nur noch härtester Kampf gebührt.

Eine in ihrem positiven Ergebnis leere, sonst aber doch gut aufklärende Aktion war die am 29. Mai begonnene und inzwischen beendete Arbeit des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über das Scheitern der Markstabilisierung. Wir haben in Nr. 55 zum Teil schon darauf Bezug genommen und im speziellen das völlige Versagen des Reichsbankpräsidenten geschildert. Was aber die beiden Staatssekretäre vom Reichswirtschaftsministerium und vom Reichsfinanzministerium zu sagen wußten, zeigte nur die vollständige Ohnmacht des Staates gegenüber den traurigen Devisenbelben. Wenn nicht die beiden sozialdemokratischen Abgeordneten Robert Schmidt und Dr. Herk im Salutausschuß gewesen wären, würden die Maßnahmen der großen Devisenspekulanten eine Verzweiflung und sogar Entschuldigung gefunden haben, da ja alles „natürlich“ und „selbstverständlich“ hergegangen sei. Der Staatssekretär Schröder aus Hermes Bereich erklärte gar, von Anfang an war keine Stabilisierung der Mark beabsichtigt, es handelte sich nicht um eine währungsrechtliche, sondern um eine reine Kriegsmassnahme gegen den Ruhrreidub. Sämt man dagegen, wie Minister Becker sogleich nach dem 18. April im Reichstage unter dem Druck der gegen seine Wirtschaft erhobenen Anklagen gegen den neuen Einbruch in die Devisenpolitik der Reichsbank und in die Markstabilisierung der Reichsregierung wettete, dann ergibt sich ein kompletter Widerspruch. Der Bankfachverständige Loeb und der Börsenstaatskommissar traten eigentlich nur als Verteidiger der von Becker und Hasenstein im Reichstage vor dem hart angegriffenen Finanz- und Industriezweige auf. Auf Seiten der bürgerlichen Abgeordneten war es fast ohne Ausnahme ebenso. Dabei hatte schon am 23. Mai der leitende Handelsredakteur des „Berliner Tageblattes“ in einem Leitartikel geschrieben, der Sturz der Mark von Tag zu Tag erfolge „offensichtlich im Zusammenhang mit neuen Bedarfs- und Vorkäufen derselben Industrie, die sehr schnell bei der Hand ist, wenn es gilt, ihre eigenen Geschäfte, und zwar nicht nur die gegenwärtigen, sondern auch die zukünftigen, zu sichern, die aber noch nicht den Entschluß zur Tat finden konnte, wo es gilt, Sicherungen für den Staat herbeizubringen“. Hoffentlich gilt das im ersten Teile Gesagte nicht auch von der Reichsbank, die mit ihren großen Devisenaufkäufen der Devisenpolitik der Reichsbank und der Stützungspolitik der Regierung früher auch schon einen Dolchstoß versetzt hat.

Außerst bezeichnend war, daß auf Anfrage von einem Zentrumsabgeordneten ein Regierungsvertreter zugab, daß von dem dem besetzten Gebiete „liberal“ gewährt (d. h. zu reichlich) Krediten Markverkäufe auf den holländischen Markt gekommen seien und auch das zum Sturz der Mark beigetragen habe. Dem Dr. Herk wurde aber im April im Reichstage gesagt, davon wäre an Regierungsstelle gar nichts bekannt. So reißt sich ein Widerspruch zum andern bei der unfähigen großkapitalistischen Regierung. Uns selbst sind in der vorletzten Maiwoche direkte Mitteilungen über ungebührige Verwendung der Ruhrhilfe gemacht worden, auch in den Reihen der Buchdruckunternehmer soll in kleinerem Maße so etwas vorgekommen sein.

Das Schicksal der Devisenverordnungen wie die Aussichten einer zu schaffenden Devisenzentrale erfuhren in dem Ausschuss eine Beleuchtung, daß man von den jetzigen Vorbereitungen zu letzterer auch nichts erwarten darf. Wenn nicht ganz andre Bahnen unter andern Männern auf den maßgebenden Posten der Regierung eingeschlagen werden, dann machen die Devisenspekulanten doch alles kaputt; auf dem schärfsten Wege dazu befinden wir uns ja. Gewissenlos hat man die Goldanleihe sabotiert — wie oft ist wohl in den Banken den dafür propagierenden Beamten erwidert worden: „Daran ist doch nichts zu

verdienen!“ —, dieses die „Geldentwertung“ am meisten forciierende Gesichtspunkt bringt auch das Schlimmste fertig.

Die vom 7. bis 9. Juni den Reichstag beschäftigende sozialdemokratische Interpellation über Teuerungsmassnahmen infolge der starken Markentwertung war eine Neuaufgabe des Standals im Salutausschuß, und zwar noch im verschärften Maße, weil hierbei drei Reichsminister selbst auftraten. Der IFA-Führer Aufhäuser hielt eine ganz gute Anklage gegen die Elemente, die im Salutausschuß schon auf der Anklagebank saßen, wenn auch nicht persönlich. Er sagte, nur noch drei Stellen rechnen mit der Papiermark: die Steuerbehörde, das Unternehmertum als Lohn- und Gehaltszahler (nicht in den Preisen!) und die Reichsbank. Das Reich müsse an den Sachwerten der Industrie beteiligt und die Lohnsteuer gemildert werden. Der im Garantieangebot verlangte Wegfall der Ausfuhrabgabe würde mehr ausmachen, als das gesamte Angebot befaßt; mit der Landwirtschaft verhalte es sich ähnlich.

Während der Reichsarbeitsminister Brauns noch einigermassen vernünftig sprach und von der Regierung mehr Hilfe gegen die Folgen des rasenden Markschwundes verhielt, als sie jemals schaffen kann, auch die Mängel des Reichsindex mit seinen monatlich nur zweimaligen Stichtagen anerkannte, war Hermes, der Finanzmann, sehr wortreich in seinen Steuerplänen, die jedoch in dem bezeichnenden Satz gipfelten, es sei eine gefährliche Illusion, daß die uns jetzt und in Zukunft obliegenden gewaltigen inneren und vor allem äußeren Lasten einseitig durch Beschäftigung getragen werden können; unser Volk müsse sich vielmehr auf allen Gebieten auf eine große Wehrbelastung gefaßt machen. Das wagt man von Regierungseite zu sagen, obwohl die starke Schonung des Besitzes, der sich dank der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft des Reichstages ja in Sicherheit geborgen weiß, doch zum Himmel schreit. Der Reichswirtschaftsminister Becker aber gab sich geradezu gemeingefährlich; Helfertich hat in ihm einen würdigen Nachfolger in der Unfähigkeit und Unverschämtheit. Die Devisenhamsterer und Salutafieber fanden durch ihn eine Deckung, wie diese sie vom Regierungstische gewiß nicht erwartet haben. Seine Rede vom 19. April im Reichstage gegen dieselben Kreise klatschte Cunos bösem Geiste geradezu Ohrfeigen. Obendrein gab er zu verstehen, daß um die Beilegung des Achtstundentags nicht herumzukommen sei.

Von den bürgerlichen Rednern kamen trotz der Stammenzeichen in Müllheim, Gelsenkirchen, Dortmund, Sachsen und Oberschlesien fast keine Worte, die einen volksgemeinschaftlichen Geist atmeten. Der deutschösterreichische Wulle und der deutschnationalen Wienbeck hielten vielmehr ungläublich freche und dumme Reden gegen die Sozialdemokratie, die an allem schuld sein soll, obwohl Becker und Stümpergenossen schon seit sieben Monaten eine Wirtschaftspolitik treiben, die Robert Schmidt in seinem prächtigen, mit Zahlen und Material trefflich belegten Schlusswort einfach als Ausraubung der großen Masse charakterisierte. Dieser Abschluß der Debatte war ein Genug und die Stabdrehung über eine solche Reichstagsmehrheit und Regierungszusammensetzung.

In der nun zu Ende gehenden Woche hat das Verhängnis seinen unheilvollen Lauf für Deutschland noch mehr beschleunigt. Der aktive Widerstand des Poincarismus gegen die neuen deutschen Vorschläge wie auch gegen die in der Reparationsfrage neuorientierte englische Politik hat auch seinen Teil daran, der Hauptanteil aber fällt jenem Element in Deutschland zu, das Reichswirtschaftsminister Becker im Reichstag als besten Wirtschaftspionier erscheinen ließ, was ihm in der „Berliner Volkszeitung“ ein hübsches Hohngebiß eintrug. Das Devisenschlachtfeld hat es nun zu dem schauerlichen Opferstande von 105 000 Mk. gleich einem Dollar gebracht (14. Juni). Das bedeutet stündlich flatternde Preise, bedeutet hochstufartiges Anschwellen der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit, bedeutet den Hungertod von alten Leuten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentnern in Masse. So kann trotz der von Brauns verheißenen Hilfsbereitschaft des Reiches für die Bedrohten das niederträchtige Wort von Clemenceau, daß es in Deutschland 20 Millionen Menschen zu viel gebe, noch zu einem erschütternden Teile in Erfüllung gehen. Wie bald der Übergang zur völligen Hungerfreiheit mit Getreide durch die Verbilligung des Brotpreises für Bedürftige vor sich gehen soll, zeigt sich jetzt im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages in ganz bedenklicher Weise. Die von Hermes im Reichstage angekündigten neuen enormen Steuererhöhungen lassen auch erkennen, daß erst der Verbrauch daran kommt und der Besitz nachher folgen soll; wie, das läßt sich nach allem schon ahnen. Auf die Mietten müßte eine 6000fache Erhöhung der Friedenssätze gelegt werden, wenn die Absichten des Reichsverbandes der Industrie und der Hausbesitzerverbände in Erfüllung gehen würden. Die Kohle steigt schon wöchentlich und in Leipzig sollte jetzt die Elektrische gar zweimal in einer Woche erhöht werden.

Wenn der Tausendmarkschein jetzt nur noch 4 Pf. gilt und die Preise allgemein von der Springflut ergriffen sind, dann ist vor allen Dingen das jetzige Lohnverhandlungssystem mit der Papiermark und einem falschen Index als Grundlage nicht mehr zu halten. Die Spitzenverbände haben die Regierung wegen einer Revision des Index schon interpelliert, die IFA hat sich am 13. Juni für den Übergang zu den werktätigen Löhnen erklärt, dem sich die gewerkschaftlichen Spitzenverbände anschließen wollen. Ein Systemwechsel muß in der Tat erfolgen, die Ergebnisse der Lohnverhandlungen sind ja schon

hinfällig, wenn sie in Kraft treten. Wir werden uns darüber noch näher äußern, verweisen aber auch auf den volkswirtschaftlichen Artikel aus Düsseldorf in dieser und in Nr. 55. Was große Kanonen der Industrie jetzt noch über die Lohnpolitik denken, werden wir zudem in der nächsten Gewerkschaftsrevue aufzeigen. Wie weit man damit gekommen ist, zeigt das in unster Auslandsrubrik der Nr. 57 von Sterrelch Mitgeteilte, nämlich höhere Löhne bei besserem Kronenstande als die Mark und bedeutend geringere Lohnsteuer. Es muß also in Deutschland entschieden anders kommen.

In Deutschland hängt man von altersher die kleinen Diebe und die großen läßt man laufen. Preisprüfungsstellen, Kontrollauschüsse, Marktstandgerichte, Wucherpolizei und Wuchergerichte fassen doch nur einige der kleinen Sünder. An die Preispolitik der großen Wirtschaftsverbände und an die Devisenpolitik, die das meiste verschulden, kommt man damit aber nicht heran. Die in nächster Woche sieben Monate alte Regierung Beder-Hermes-Cuno hat den Staat so schwach gemacht, daß Deutschland unter diesem Regime von rund 7000 auf über 100 000 M. im Dollarwerte heruntergekommen ist. Also ein totales Vasto der „diskontfähigen Regierung“. Die bürgerliche Reichstagsmehrheit ist in weitem Maße an diesem grauenvollen Niedergange schuld. Soll denn diese Situation wirklich nicht angetan sein, den Versuch zu einer andern Reichstagszusammensetzung zu unternehmen? Deutschland Totentanz, sollte das keine zugräftige Parole für eine Neuwahl des Reichstages sein? Alles, was da schafft und arbeitet in Deutschland gegen Lohn und Gehalt mühte zusammenstehen und die politische wie die wirtschaftliche Reaktion zu Boden zwingen; das Gland jetzt kann doch nur ein Antriebsmotor dazu sein.

Kapitalismus, Staat und Regierung stehen gegenwärtig in einem schreienden Verhältnis zueinander. Mag der Kapitalismus in dem neuen Deutschland auch zu unnatürlicher Macht gelangt sein, die Unnatürlichkeit dieser Entwicklung bedingt in sich schon eine Beseitigung dieses Zustandes. Der deutsche Kapitalismus wird trotz allem einmal überreif werden. Die gesunde Vernunft muß die Macht des Überstaates im Staate brechen und an seine Stelle den sozialen Staat setzen. Die privatkapitalistische Gesellschaft wird sich durch eine Machtaufblähung wie jetzt selbst expropriieren. Die Gewerkschaften müssen und werden dazu nicht am wenigsten beitragen.

Volkswirtschaft

Notwendigkeit und Möglichkeit eines festen Wertmaßes

II*

In der Sozialversicherung, die ja in allen ihren Zweigen von der Geldentwertung besonders hart betroffen ist, würde ein solches System besonders gerecht wirken. Auch die Privatversicherungsgen würden wieder Sinn und Zweck haben, was sie zur Zeit nicht besitzen, da der Besicherte für seine eingezahlten Werte nur Papiersehen erhält. Anders wäre es, wenn Prämienzahlung und Leistung auf einer festen Werteinheit basierten.

Sparkasten- und Hypothekengelder sind ein Kapitel für sich. Wer legt heute noch Spargelder an? Kein Mensch, der seine gesunden Sinne hat, mit Ausnahme der Münswegler, für die ein verstaubtes Geseh es vor schreibt, zum Leidwesen aller davon Betroffenen, da sie mit offenen Augen es zusehen müssen, wie die Geldentwertung die so angelegten Werte wegfrischt.

Im bürgerlichen Recht würde diese Umgestaltung unserer Zahlungsverhältnisse eine wahre Revolution bedeuten, die jedoch reinigend auf die heutigen Zustände wirken müßte. Wie viele Prozesse werden nicht erst im Schadenrecht geführt, die durch Änderung der Zahlungsberechnung hinfällig würden? Wie unendlich oft wird auf Lieferung geklagt, wenn der Lieferer zu dem vor Monaten vereinbarten Preis nicht zu liefern können glaubt und es mitunter auch nicht kann? Weist wird, wenn auch der Preis nicht freibleibend vereinbart war, dem Lieferanten derjenige Aufschlag zugestimmt, den er selbst durch höhere Löhne mehr auslegen muß. Kommen noch Anzahlungen auf den Kaufpreis in Frage, die in verschiedenen Raten mit ebenso verschiedenem Geldwert gezahlt wurden, so kann auch ein Sachverständiger und ebenso wenig ein Richter ein gerechtes Urteil über das Leistungsverhältnis zwischen den Streitenden abgeben. Immer wird es Streit über diese Fragen geben, da ja die Möglichkeit einer Kalkulation nicht einmal auf einige Wochen gegeben ist, geschweige denn auf Monate, wie dies große Aufträge erfordern. Der Industrielle rechnet in fremder Währung und liefert meist nur freibleibend. Dem Handwerker ist dies nicht so leicht möglich, denn sein Kunde, der meist ebenfalls auf Papiermark angewiesen ist, will bei der Bestellung einen Preis wissen, den er nicht um ein Vielfaches überzahlen kann, wenn inzwischen der Geldwert sinkt, da sein Einkommen der Entwertung nicht in dem Maße folgt. Deshalb werden Prozesse um den Preis einer Sache nicht aufhören, solange wir uns auf der Rutschbahn unserer Geldverhältnisse befinden.

Nicht anders ist es mit den im Familienrecht liegenden Unterhaltungsprozessen. Gerade auf diesem Gebiete ist die Geldentwertung für die berechtigten Personen von den größten Folgen. Ein Unterhaltungsverpflichteter, der nicht freiwillig den veränderten Verhältnissen durch

Mehrzahlung Rechnung trägt, kann den Unterhaltsberechtigten vollends zum Verhungern bringen, indem er sich stets wieder von neuem verklagen läßt. Bis das Verfahren erledigt ist und endlich Zwangsvollstreckung erfolgen kann, sind mehrere Wochen ins Land gegangen, so daß der ursprüngliche Klagebetrag schon längst überholt von den wirtschaftlichen Verhältnissen ist, ehe er erst in Kraft tritt. Es müßte wieder von neuem Klage auf eine höhere Summe erhoben werden, wenn kaum die erste Zwangsvollstreckung ist. Der unterlegene Unterhaltungsverpflichtete ist dies nur in juristischem Sinne, tatsächlich ist er Gewinner, denn es kommt für ihn ja nicht auf die Höhe der Ziffer, sondern auf den Zeitpunkt der Zahlung an.

Im Erbrecht liegen ähnliche Verhältnisse vor, wenn es auch auf die Mehrzahl der Fälle nicht zutrifft. Ich habe hier insbesondere die ländlichen Verhältnisse im Auge, wo eines der Kinder die elterliche Wirtschaft übernimmt, und zwar zu einer Zeit, wo die Eltern noch leben. In der Regel ist es so, daß eines der älteren Kinder die Wirtschaft antritt und die andern Kinder abgesondert werden.

Im Pfandrecht, das in seiner Bedeutung ja etwas hinter dem andern Gebieten des bürgerlichen Rechtes zurücktritt, liegen die Verhältnisse ebenso ungünstig. Der Schuldner ist fast vollständig dem Willen des Gläubigers ausgeliefert, denn letzterer vermag ihn vollständig zugrunde zu richten, wenn es in seinem Willen liegt, da die Pfändungsreihe Grenze selten erhöht wird und meist so niedrig ist, daß dem Schuldner nur ein ganz geringer Teil seines Einkommens, wenn es sich um Arbeitseinkommen handelt, verbleibt, mit dem eine Lebensfristung fast unmöglich ist.

Wie ist es mit dem Schadenersatz? Auch hier zeigen sich die üblen Folgen der Geldentwertung in abschreckender Weise. Bis der Schadenersatz erst einmal zur Leistung einer Zahlung gezwungen werden kann, vergehen Monate, oft Jahre. Wenn erst Landgerichtsprozesse dafür in Frage kommen, so ist der Wert der ausgelegten Anwalts-honorare (nach gesetzlichen Gebühren arbeitet heute wohl kaum noch ein Anwalt wegen der ungenügenden Höhe derselben bei kleinen Objekten) vielfach höher als der Klagebetrag; der Beklagte hat die Kosten seines Anwaltes sozusagen an der Geldentwertung verdient. Dem Gegner, wenn er obliegt, ist er ja nur zur Tragung der gesetzlichen Gebühren verpflichtet. Wenn er auch an dem Prozesse tatsächlich nichts verdient (es gibt Prozesse, wo durch die Geldentwertung auch bei Tragung aller Kosten die unterlegene Partei noch etwas verdient hat), so hat er doch vor dem Ende des Prozesses auch noch die Aussicht, eventuell nicht zu unterliegen.

Im Verbindung mit dem Zivilprozeß verdient auch die Zuständigkeit und Berufungsfähigkeit eine Würdigung. Auch hier ist Geldentwertung ein Feind der Vernunft. Ist doch zur Zeit, wo ich diese Zeilen niederreibe, die Grenze der Prozeßmöglichkeit am Amtsgericht bei 10 000 M. gezogen. Besteht also ein Streit über die Lieferung von 8 Pfund Butter, so müssen sich zwei Rechtsanwälte in das Verhältnis einmischen, indem sie es vor die Schranken des Landgerichts bringen. Die Anzahlung auf die beiderseitigen Anwalts-honorare verschlingt größere Summen, als der Wert des Objektes ausmacht. Es ist nichts anderes als die Folge der Geldentwertung einerseits und die Unterlassung der rechtzeitigen Heraussetzung der Grenzen andererseits.

Mit der Berufungsarene ist es ebenso. Der Streit über einen Laib Brot ist berufungsfähig, da er den Wert von 1000 M. übersteigt. Wer Lust hat und den andern ärgern will, kann gegen ein amtsgerichtliches Urteil wegen eines Brotes am Landgericht Berufung einlegen! Schlimm ist es ebenfalls mit der Berufungsarene an den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten. Nicht einmal vierzehn Tage Lohn kann jetzt der Arbeiter vom Gewerbegericht rechtskräftig ausgesprochen erhalten. Der Arbeitgeber, dem es gefällt, kann ihn vor die Schranken des Landgerichts laden lassen, vielmehr seinen Rechtsanwalt, dem der Arbeiter ein hohes Honorar zahlen muß, weil er selbst ja am Landgericht nicht auftreten darf. Kommt es doch vor, daß eine Klagesumme, die bei Klagerhebung den Wert eines Monatslohnes repräsentiert, durch ein verschlepptes Gewerbe- und Landgerichtsverfahren zum Abschluß gebracht, bei der Auszahlung nicht mehr den Wert eines halben Tagelohnes darstellte! Nun gibt es allerdings die Möglichkeit einer Verzugsklage, doch der Verzugschadensbeweis ist nicht so einfach und wird auch von den Gerichten gar nicht so leicht gemacht. Die klagende Partei kommt jedenfalls nicht aus dem Prozessieren heraus und dieses alles als Folge einer Zahlungsmethode, die volkswirtschaftlich ein Irrsinn und moralisch ein Verzug ist.

Deshalb: Fort mit einem solchen System! Her mit der festen deutschen Werteinheit!

III.

Es wird ja nicht einfach sein, die heutigen so verschiedenartig gelagerten Verhältnisse im Wirtschaftsleben und die finanziellen Beziehungen der Menschen untereinander, die sich so stark verschoben haben, in ein gerechtes Verhältnis zueinander zu bringen, zum Teil wird dies überhaupt nicht gelingen. In der Regel würde von den Zahlenverhältnissen der Vorkriegszeit auszugehen sein, sie als Grundzahl zu betrachten und dann die Schlüsselzahl darauf zu legen, die den jeweiligen Verhältnissen entspricht. Doch da die heutigen Verhältnisse im Verhältnis zu den früheren gar verschiedenartig gelagert sind, wird es nicht möglich sein, die Grundzahl einseitig mit der Preisziffer der Vorkriegszeit in Einklang zu bringen. Ich erinnere bloß an die Renteneempfänger.

* Abschnitt I befindet sich in Nr. 55.

Die Invalidenversicherung zählt zur Zeit, wo dieses niederschrieben wird, erst etwa das 50fache der Vorkriegszeit, während die meisten Lebensmittel, insbesondere Getreide, zur Zeit das 5000fache der Vorkriegszeit kosten. (Der Artikel laert schon eine ganze Zeit; in den Lebensmitteln namentlich ist seitdem der Multiplikator erheblich größer geworden. Wir wollen jedoch an dieser Gegenüberstellung nichts ändern, denn während des Druckes würde schon wieder die Umrechnung hinfällig sein. Red.) In alledem, zum Teil größerem, zum Teil geringerm Ausmaße sind die Preise sehr vieler anderer Lebensnotwendigkeiten gestiegen. Während also im ersten Falle die Schlüsselzahl des Vorkriegspreises 50 ist, beträgt sie in letzterem Falle 5000. Da aber, wie ich eingangs sagte, nur eine einheitliche Schlüsselzahl in Frage kommen kann, nach der sich die zukünftigen Zahlungsverhältnisse regeln müßten, weil im andern Falle (des Bestehens mehrerer Schlüsselzahlen bei den verschiedenen Zahlungsaufgaben und Beziehungen) es zu unabsehbaren Konsequenzen führen müßte, so entsteht die Frage, wie diese beiden Extreme auf eine einheitliche Linie gebracht werden könnten. Es ist ausgeschlossen, daß man die Rentenziffer ebenfalls auf 5000 erhöhen kann, weil auch bei der größten Liebe zu den Rentempfangern man denselben nicht den 5000fachen Nominalbetrag der Vorkriegsrente geben kann, da hierzu die Mittel einfach fehlen. Andererseits ist es auch ausgeschlossen, die Zahl von 5000 des zweiten Beispiels so weit herabzusetzen, bis sie an dem Punkt angelangt ist, wie weit die Verhältnisse eine Erhöhung des andern Extrems, eben der Rente, vortragen könnten. Denn tatsächlich können die Verhältnisse nicht mehr so gestaltet werden, daß eine ganze Reihe von Erzeugnissen jetzt ebenfalls in dem genauen Zahlenverhältnisse zueinander steht, wie dies früher der Fall war, da ja eine Reihe von Faktoren ganz verschieden gegenüber der Vorkriegszeit preisbildend auf die Erzeugnisse einwirken, z. B. alle Erzeugnisse, deren Herstellung fast ausschließlich auf die Einfuhr aus den Hochvalutaländern angewiesen sind. Wenn also in der Schlüsselzahl kein Unterschied gemacht werden kann, so müssen sich die gegenüber der Vorkriegszeit im Verhältnis verschiedene gelagerten Preisverhältnisse eben in den Grundzahlen auswirken. Der Kampf über den Preis einer Ware oder eines sonstigen mit Geld zu zahlenden Verhältnisses wird sich also abdam in der Grundzahl bewegen. Man wird mit Grundmark und Pfennig rechnen und die Schlüsselzahl wird bei dem Preis eine untergeordnete Rolle spielen.

Eine weitere Schwierigkeit liegt in der Frage, was zu geschehen hat mit den angelegten Geldern aus der Vorkriegszeit oder während des Krieges, die heute nicht mehr ein Tausendstel des Wertes von früher repräsentieren. Es ist für den betreffenden Inhaber der Guthaben ein fürchtbares Geschehen, was sich da an ihm vollzieht. Er ist verarmt, wie hoch sein Guthaben auch gewesen sein mag. Wenn er z. B. 30 000 M. gut hatte, auch seine Zinsen regelmäßig abbob, so ist sein Guthaben zur Zeit nicht mehr als 10 M. der Vorkriegszeit. Statt Mehrung des Wertes hat sein Guthaben, an dem er vielleicht ein arbeitsreiches Leben lang gewart hat, eine Minderung um das Dreitausendfache durchgemacht. Er ist verarmt, betrogen um sein Gut, weil er es nicht zur rechten Zeit verstand, das Geld in Sachwerten, Industriepapieren, ausländischen Devisen usw. anzulegen. Besonders hart trifft dies die kleinen Zeichner der Kriegsanleihe. Den auf diese Weise Betrogenen kann nicht mehr geholfen werden, ihre Vermögenswerte sind unrettbar in dem Sumpfe unsrer Zeit versunken. Selbst wenn sich unsre Mark wieder bessern sollte, sie wird auch nicht annähernd den Wert von früher, nicht einmal 1 Proz. erlangen, so lange die ungeheuren Mengen Papiergeld sich im Umlauf befinden.

In Rußland hilft man sich gegen die schwindelhaften Zahlen, die auf den Rubelnoten aufgedruckt sind, dadurch, daß man hinten einfach einige Nullen abstreicht. Dieses System führt auch zu keinen stabilen Verhältnissen, denn es fehlt ein einheitliches festes Wertmaß. Man hat dort Rubels verschiedener Gattungen, die auch verschieden im Werte sind. Dies hindert allerdings nicht, daß alle Gattungen sich ständig entwerten und man bald wieder dazu übergehen muß, von neuem Nullen abzustreichen, wenn man es nicht vorzieht, in astronomischen Ziffern zu rechnen.

Wir brauchen nicht russische Methoden nachzuahmen, aber im Wesen müssen wir ein Ähnliches tun. Es muß dem Besitzer von Papiergeld schließlich auch bei uns einerlei sein, ob er sich sagt: Ich habe 30 000 M., dafür kann ich mir dieses oder jenes kaufen, oder ob er sagt: Ich habe 10 Grundmark (zu einer Zeit, wo die Schlüsselzahl 3000 ist), und kauft sich daselbe dafür. Niemals wird er für seine ehemaligen 30 000 Vorkriegs-(Goldmark) Werte auch nur in annäherndem Maße dafür kaufen können, wie er das vordem tun konnte. Deshalb spielt die Ziffer seines Guthabens keine Rolle. So geht es allen, die Geld in festen Papieren angelegt haben. Das Schicksal einer so widerspruchsvollen Zeit hat sie getroffen, in dieses heißt es sich fügen, weil ein anderer Weg unmöglich ist, so lange wenigstens, wie die kapitalistischen Wirtschaftsgesetze noch für diese Welt richtungsgesund sind.

Es trifft allerdings zu, daß auf diese Weise insbesondere die Hypothekenschuldner, welche die Sachwerte besitzen, einen großen Gewinn haben. Tatsächlich haben sie ihn heute auch, ob sie nun in Papiermark rechnen und zahlen oder ob sie in Zukunft nach Grundmark rechnen und mit Papiermark zahlen. Wenn jetzt die Hypotheken auf den Standard der Grundmark gebracht würden, so wären sie wenigstens vor der weiteren Entwertung geschützt; der verbliebene Wertrest wäre wenigstens gesichert. Den Gewinn des Hypothekenschuldners müßte die Steuergesetzgebung voll erfassen, damit weni-

stens die Allgemeinheit den Nutzen von dem Schaden des Hypothekenschuldners hat, dem in dem heutigen Stadium der verworrenen Verhältnisse gar nicht mehr zu helfen ist, auch nicht beizuspielsweise dadurch, daß man den Nominalbetrag der Hypothekenschulden vervielfachen wollte, um einen Ausgleich für die Geldentwertung zu schaffen. Ganz abgesehen davon, daß es bezüglich der Höhe einer Vervielfältigung darauf ankäme, wann und zu welchem Geldwert das Hypothekengeld gegeben würde und es so zu ganz unabsehbaren Konsequenzen führen müßte, wäre es auch eine große Ungerechtigkeit gegenüber allen andern Personen, die durch Anlage ihres Geldes in Sparanleihen, Anleihenpapieren usw. genau so oder zum Teil noch mehr verloren haben.

Es würde auch eine Steigerung der Mieten eintreten, da die Hypothekenschulden diese verursachen würden. Nun wäre das nicht das Schlimmste, wenn sie zum Bauen neuer Wohnungen dienen würden, doch für so einseitige Interessen müssen sie abgelehnt werden. Ueberhaupt spielt die Frage des Mietzinses eine große Rolle in der Gestaltung des Systems der festen deutschen Werteinheit. Daß, wenn man den Wert der Vorkriegsmieten heute von den Mietern nehmen wollte, dem Haus- und Grundbesitz ungeheure, unverdiente Werte zugeföhnt würden; steht fest. Das kann es und darf es um deswillen nicht geben, weil diese Mittel für den Wohnungsbau geradezu ein dringendes Bedürfnis sind, ohne die das Wohnungselend von heute zu einem Wohnungschaos von morgen wird. Man nehme also den Teil der Miete, der über die billigen Erfordernisse des Hausbesizers hinausgeht, in den Besitz der Allgemeinheit und baue damit, da auf andre Weise als in staatlicher oder kommunaler Regie gar nicht gebaut werden kann, eben wegen des schwankenden Geldwertes, der eine Kalkulation auf eine so lange Zeit, wie sie die hypothetische Befastung eines Hauses erfordert, gar nicht zuläßt. Dann würde die Allgemeinheit auch in dieser Frage der Gewinner sein, denn der Wohnungsbau ist wohl das dringendste Bedürfnis, was unser deutsches Volk hat.

Welche Wirkungen würde ein festes inländisches Wertmaß auf unsre finanziellen Verhältnisse dem Auslande gegenüber haben? Valutafälscherei würde nicht mehr in dem Maße getrieben werden können wie bis dahin. Da die Preisunterschiede der Inlanderzeugnisse durch das stabile System nicht mehr so groß wären, weil dem Steigen der Valuta auch das Steigen der Schlüsselzahl auf dem Fuße ginge würde, so wäre der billige Gelegenheitskauf für den Ausländer nicht mehr so wie früher gegeben. Im internationalen Geldverkehr spielte selbstverständlich die Grundmark das Wertmaß und die Papiermark das Zahlungsmittel. Ueberhaupt dürfte die Grundmark nur in der Berechnung in Erscheinung treten, als bedruckter Geldschein darf sie nicht in Erscheinung treten, denn sofort würde die Spekulation, insbesondere diejenige der Ausländer, sich derselben bemächtigen und wir hätten nichts anderes als eine Devalvation durchgemacht, der bald eine neue folgen müßte, da sich die Dinge auf dieselbe schiefe Ebene begeben würden, wie dies mit unsrer heutigen Papiermark der Fall ist. Die Grundmark darf nur ein Wertmaß, kein Wertgegenstand sein, und sei er es auch nur in dem beschränkten Maße des nur Widerschein von Wert darstellenden Papiergeldes. Das ist die Grundbedingung!

Wer hat ein Interesse an der Ein- und Durchführung des Systems der festen deutschen Werteinheit nach Grundmark und Schlüsselzahl? Sicherlich nicht alle unsre Volksgenossen, da ja ein gar nicht kleiner Kreis von Mitmenschen ein großes Interesse an dem Fortbestand unsrer heutigen anarchischen Geld- und Zahlungsverhältnisse hat. Insbesondere sind dies die Spekulanten sowie alle jene, die unter diesen Verhältnissen zu Reichtum und Wohlleben gekommen sind. Die überwältigende Mehrheit unsres Volkes hat jedoch ein Interesse an der Beseitigung der heutigen Zustände, die für sie Not, Entbehrung, für viele gar elenden Hunger, Krankheit und schließlich den Tod im Gefolge haben. Das Reich selbst hat mit das größte Interesse daran, weil nur dann die Möglichkeit besteht, den kranken Körper zu heilen, soweit eine solche Möglichkeit heute noch vorhanden ist, nachdem die Hyänen des Schlachtfeldes ihn gar fürchterlich zerlegt haben.

Bei dieser Gelegenheit sei noch kurz auf die bisherigen Versuche von festen Wertanlagen eingegangen, wie sie z. B. die Kohlen- und Roggenwertpapiere darstellen sollen. Meines Erachtens ist dies nur ein unvollkommenes Behelfsmittel, wenn Kohlen und Roggen auch zur Zeit ein Wertmaß bedeuten. Wie lange sie ein zuverlässiges Maß sind, steht dahin. Der hohe Preis dieser Produkte hängt doch hauptsächlich mit unsrer trübigen Lage zusammen. Sollten einmal größere Mengen Roggen eingeföhrt werden, vielleicht aus Rußland mit seiner schlechten Valuta, so wird auch der Preis desselben bedeutend sinken, wenn der deutschen Landwirtschaft ihr Monopol gebrochen wird. Dasselbe ist bezüglich der Kohlen der Fall, wenn die Reparationen auf ein erträgliches Maß gebracht würden. In demselben Augenblick würden die Kohlen- und Roggenwertanteile bedeutend an Wert verlieren, ohne daß dieser Wertsenkung eine im selben Verhältnis erfolgende allgemeine Preislenkung zu folgen brauchte. Das weiß man und deshalb kommen die Versuche auch nicht aus den Kinderschuhen heraus.

Mit der Dollaranleihe ist es ähnlich. Ob der Dollar nach Jahren noch der Wertmesser im allgemeinen Verkehr ist wie heute, kann füglich bezweifelt werden. Das Risiko der Dollaranleihe ja ziert, daß man ein allzu großes Vertrauen auch nicht in die Wertbeständigkeit des Dollars setzt.

Aus all den Gründen kann ein festes inländisches Wertmaß nur in der inländischen Wirtschaft selbst wurzeln. Der Durchschnitt aller preisbildenden Faktoren des Wirtschaftslebens muß dazu die Richtschnur abgeben. Dazu ist ein Zahlensystem, wie vorgeschlagen, in der Lage. Ein festes System ist kein Stück Sozialismus, es ist nichts anderes als die Möglichkeit, die ungeheuren Auswüchse unseres Zahlensystems zu befeitigen, die ein System des Treibens in den letzten Jahren hervorgerufen hat. Die Möglichkeiten zu einer Änderung sind gegeben; deshalb: Ser mit dem festen deutschen Wertmaß!
 Düsseldorf. Adolf May.

Allgemeine Rundschau

Nachahmenswerte Beispiele. Die Firma S. Koopmann in Wiesdorf bei Köln a. Rh. gewährte ihrem Personal, neben einer vorbildlichen Überminimumlohnung, eine Wirtschaftsbeihilfe von 50 000 M. — Die Druckerlei der „Solkarbeiterzeitung“ in Berlin gewährte ihrem gesamten Personal für die Wochen vom 28. Mai bis 8. Juni je 30 000 M. Wirtschaftsbeihilfe. Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen erhielten anteiligen Betrag nach den Sätzen des Reichstaxtarifs. Ein Unterschied zwischen Lebigen und Verheirateten wurde nicht gemacht. — Die Firma F. E. Haag in Kelle i. S. brachte am 9. Juni an ihr technisches Personal den Betrag von 1 1/2 Millionen Mark zur Verteilung, und zwar, um die durch die Markenerwertung für die Arbeiter sich besonders stark auswirkende wirtschaftliche Notlage etwas zu lindern. Jeder Arbeiter des Betriebes erhielt ungefähr ein Viertel seines Wochenlohnes.

„Den Alten zur Ehr, den Jungen zur Wehr!“ Grundsätzlichen und praktischen Erwägungen entsprechend, nehmen wir in Zukunft davon Abstand, unter vorstehender Rubrik noch von andern Jubiläen als solchen der 50jährigen Verbandszugehörigkeit Notiz zu nehmen. Es können daher von nun an auch Mitteilungen über 50jährige Berufs Jubiläen nicht mehr berücksichtigt werden, nachdem wir schon seit längerer Zeit über Geschäftsjubiläen einzelner Gehilfen nur dann unter „Rundschau“ berichtet haben, wenn dabei durch entsprechendes Verhalten der in Frage kommenden Firmen ein besonderes nachahmenswertes Beispiel gegeben wurde. Im letzteren Falle soll es auch in Zukunft bei der bisherigen Praxis verbleiben.

Weil man sich zu sehr über den „Korr.“ geärgert hat! In Leipzig hat die vom DDB. empfohlene Vorschuhbezahlung für die nur ablaufende Woche, womit die von der Privatallität bei den Lohnverhandlungen vor acht Tagen als unmaßlich bezeichnete Rückgewährung veräußert werden sollte, im allgemeinen den Erwartungen entsprochen. Einige Härten bei der Rückzahlung werden noch behoben werden können. Die Firma Fischer & Wittig hat jedoch den von ihrer Organisation gewissermaßen verbürgten Vorschuh nicht gewährt. Nicht wegen finanzieller Schwierigkeiten, sondern, wie Herr Fischer ir. erklärte, weil man sich zu sehr über den „Korr.“ geärgert habe. Dieser Herr Fischer ist ein sehr eigensinniger Mann. Wenn er aber für sein oft recht eigenartiges Verhalten immer den „Korr.“ vorwürfen wollte, dann könnte er wohl auch einmal eine Druckserhöhung unterlassen, denn hier besteht doch gerade ein Zusammenhang mit dem „Korr.“. Schließlich ist der „Korr.“ auch daran schuld, daß Herr Fischer, der einen Gehilfen absolut des Schriftstiebstahls überführt wissen will, damit vom Schöffengericht abgewiesen und von der Berufsstanz auch schon abgewinkt wurde, seinen Prozeß gründlich verliert. Obendrein hat er dem falsch Angekludigten drei Tage vom Lohn einbehalten. Man darf doch dem Respekt vor dem „Korr.“ nicht so weit treiben, daß man Dinge behagt, die das Ansehen der eignen Firma nur mäßig kreditieren müssen.

Die Faktorengehälter für den Monat Mai. Die nach dem neuen Reichstaxtarif für Faktoren vorgesehene kreisweise Regelung der Faktorengehälter hat bei der Festsetzung der Gehälter für den Monat Mai so große Schwierigkeiten ergeben, daß selbst das Bundesorgan der Faktoren über das Resultat dieser Verhandlungen erst am 11. Juni berichten konnte. Nur in den Kreisen IV (Stuttgart) und V (München) sowie im Kreise X (Hamburg) war es möglich, zu einer Verständigung innerhalb der betreffenden Kreise zu kommen; für alle übrigen Kreise mußte die Regelung den Hauptvereinen überwiesen werden, und selbst diese brauchten dazu noch einen Unparteiischen. Das Resultat für alle 12 Kreise ist nunmehr folgendes: Spitzenlohn für den Faktor der Gruppe B beträgt für den Monat Mai im Kreis I: Bremen und Harburg 533 000 M., Hannover 523 000 M., in den andern Orten mit 25 Proz. Ortszuschlag 520 000 M. und in den übrigen Orten nach Ortszuschlägen gestaffelt für je 2 1/2 Proz. 10 400 M. Abschlag. Kreis II: Köln, Aachen, Bochum, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen 609 000 M., in den übrigen Orten Aprilgehalt zuzüglich 35 Proz.; außerdem erhalten die verheirateten Faktoren in allen Orten eine Frauenzulage von 15 000 M. und für jedes Kind je 15 000 M.; in besetzten Gebiet dieses Kreises und in denjenigen angrenzenden Gebieten, die von den Reichs- und Staatsbehörden wie das besetzte Gebiet behandelt werden, erhalten die Faktoren aller Gruppen eine Sonderzulage von 12 1/2 Proz. ihrer Gesamtbezüge. Außerdem ist allen Faktoren des ganzen Kreises in Orten mit 25 Proz. Ortszuschlag ein Vorschuh von 50 000 M. und in allen übrigen Orten ein solcher von 40 000 M. auf das Juniheft bis 12. Juni auszu zahlen. Bei der Umrechnung sind die Gehälter auf volle Tausend auf- oder abzurunden, und zwar Beträge von 500 M. und darüber nach oben, die übrigen

nach unten. Kreis III: Frankfurt a. M. 555 000 M., in den übrigen Orten auf Grund der bezirksweisen Regelung im April ein Zuschlag von 33 1/2 Proz. auf das Aprilgehalt. Kreis IV: Auf die Aprilgehälter ein Zuschlag von 45 Proz. in Stuttgart, für die übrigen Orte dieses Kreises, die wir im einzelnen bisher weder aus der „Graphischen Welt“ noch aus der „Zeitschrift“ feststellen konnten, gibt es noch Abstufungen von 25, 33 1/2, 35 und 40 Proz. Kreis V: 40 Proz. Zuschlag auf das Aprilgehalt. Kreis VI: 33 1/2 Proz. Zuschlag auf das Aprilgehalt. Kreis VII: Leipzig und Dresden 540 000 M., in allen übrigen Orten ein Zuschlag von 33 1/2 Proz. auf das Aprilgehalt. Kreis VIII: Berlin 547 000 M. Kreis IX: Auf das Aprilgehalt wird ein Zuschlag von 33 1/2 Proz. gewährt, die auf Grundlage eines Spitzenlohnes von 400 000 M. für den B-Faktor bei 25 Proz. Ortszuschlag zu errechnen sind; es tritt somit an Stelle der bisherigen Staffellung die Einteilung nach den Ortszuschlägen des Gehilfentaxtarifs. Kreis X: Hamburg 500 000 M., was einer Erhöhung des Aprilgehalts um 20 Proz. gleichkommt; dieser prozentuale Zuschlag gilt auch für die übrigen Orte auf das Aprilgehalt. Kreis XI: Stettin 500 000 M., in den übrigen Orten 25 Proz. Zuschlag auf das Aprilgehalt. Kreis XII: Zuschlag von 25 Proz. auf das Aprilgehalt. Auf- oder Abrundung hat in allen Kreisen wie im Kreis II zu erfolgen, ebenso kommt auch für die übrigen Kreise für alle Faktoren ein Vorschuh von 50 000 bzw. 40 000 M. unter Anrechnung auf das Juniheft in Frage. Die Gruppeneinteilung der Faktoren ist in Nr. 34 des „Korr.“ unter „Rundschau“ erläutert; Gruppe A erhält 10 Proz. Zuschlag auf die Gehälter der Gruppe B und Gruppe C 10 Proz. Abschlag. Zur Berechnung der Faktorengehälter gab die „Zeitschrift“ in Nr. 46 (9. Juni) unter Annahme eines Zuschlags von 33 1/2 Proz. für den Monat Mai bei einem Aprilgehalt von 400 000 M. folgendes Beispiel bekannt:

Ortszuschlag	A-Faktor	B-Faktor	C-Faktor
0 Proz.	469 000 M.	426 000 M.	384 000 M.
2 1/2 Proz.	481 000 M.	437 000 M.	394 000 M.
5 Proz.	492 000 M.	448 000 M.	403 000 M.
7 1/2 Proz.	504 000 M.	458 000 M.	413 000 M.
10 Proz.	516 000 M.	469 000 M.	422 000 M.
12 1/2 Proz.	527 000 M.	480 000 M.	432 000 M.
15 Proz.	539 000 M.	490 000 M.	442 000 M.
17 1/2 Proz.	551 000 M.	501 000 M.	451 000 M.
20 Proz.	563 000 M.	512 000 M.	461 000 M.
22 1/2 Proz.	574 000 M.	522 000 M.	470 000 M.
25 Proz.	586 000 M.	533 000 M.	480 000 M.

Warnung des Internationalen Buchdruckersekretariats. Das Internationale Buchdruckersekretariat warnt die Mitglieder aller ihm angeschlossenen Verbände vor Stellungnahme in Belgien, Frankreich (Elsas inbegriffen), im Ruhrgebiet und in der Schweiz. Vor Annahme einer Stellung in allen andern Ländern ist unbedingt vorher bei den zuständigen Verbandsvorständen anzufragen. Die Adressen der letzteren sind in Nr. 39 des „Korr.“ vom 12. April d. J. veröffentlicht.

Hauptversammlung des Vereines Deutscher Zeitungsverleger. Der Verein Deutscher Zeitungsverleger (Herausgeber der Deutschen Tageszeitungen) hält am 15. Juni in Breslau seine diesjährige Hauptversammlung ab. Neben der üblichen satzungsgemäßen Tagesordnung wird auch die allgemeine Lage der deutschen Presse (Gestaltung der Druckpapierpreise, der Bezugs- und Anzeigenpreise) eingehend behandelt werden. Ein Vortrag über die Anwendung der Teuerungszahlen auf die Berechnung der Bezugs- und Anzeigenpreise von Herrn F. A. v. Zweck (Bernburg) dürfte dabei von besonderer Bedeutung sein, worüber wir nach Bekanntgabe des Verhandlungsberichts später Näheres mitteilen werden.

Weitere Erhöhung der Schlüsselzahl im Buchhandel. Vom 14. Juni an wird die Schlüsselzahl für den Ladenpreis der Bücher im deutschen Buchhandel von 4200 (ab 4. Juni d. J.) auf 5000 erhöht. Diese Schlüsselzahl soll den Multiplikator der Friedenspreise bilden und wäre nach den allgemeinen Teuerungszuständen nicht zu hoch, wenn nicht in vielen Fällen die Grundpreise, d. h. die Friedenspreise, der Bücher bei dieser Berechnung wesentlich höher angesetzt würden. Uns sind aber eine ganze Reihe von Büchern bekannt, deren Friedenspreis in Wirklichkeit um die Hälfte, teils um zwei Drittel, ja sogar um drei Viertel niedriger war, als er jetzt in Ansatz gebracht wird.

Deutschlands Not und seine Presse. Reichskanzler Cuno hielt vor einigen Tagen gelegentlich einer Tagung des Reichsverbandes der deutschen Presse in Münster i. W. vor den versammelten Vertretern dieser Organisation eine Ansprache, in der er seine Politik in großen Zügen entrollte und um die Unterstützung der deutschen Presse bei seiner Aufgabe ersuchte. Soweit es sich in seinen Darlegungen um die Aufrechterhaltung und Durchführung des Kampfes gegen die Unterdrückung des deutschen Volkes durch die Sieger im Weltkrieg und um deren kurzfristige Gewaltpolitik gegenüber einem wehrlosen Volke handelte, findet sich darin vieles, das auch vom Standpunkt der deutschen Arbeiterschaft unterstützt werden kann. Leider zeigte es sich aber auch hier wieder, daß der gegenwärtige deutsche Reichskanzler zwar ein sehr guter Redner, aber in politischer Hinsicht mit einer geradezu kindlichen Unkenntnis der wirklichen Verhältnisse bezüglich der Abhängigkeit der deutschen Presse behaftet ist. Ihm scheint ganz unbekannt zu sein, daß in Deutschland die Presse jener Kreise das Heft in Händen hat, denen wir es zuschreiben haben, daß die große Masse des Volkes immer weiter im Elend versinkt und die Reichsregierung immer mehr in den Hintergrund einer Nebenebene der

Großindustrie und des Unternehmertums gedrängt wird. Der Reichskanzler ist nämlich heute noch der Meinung, daß die deutsche bürgerliche Presse ein wahres Abbild der Volksmeinung und die Volksmeinung in ihren Spalten widerspiegeln. Deshalb sei die Unabhängigkeit der Presse ein so hohes Gut. Der gute Mann hat demnach anscheinend gar keine Ahnung davon, in welsch gefährlicher Abhängigkeit der größte Teil der bürgerlichen Presse von allen jenen Kreisen ist, denen wir das heutige Gesicht des deutschen Volkes zu verdanken haben. Ihm scheint es ganz undenkbar zu sein, daß gerade jene Zeitungen, die sich noch einige Unabhängigkeit und Freiheit im Interesse des deutschen Volkes zu wahren suchen, in geradezu heimtückischer Weise durch die Kapitalmacht der Großindustrie, insbesondere durch den Stimmes-Konzern und die ungeheuren Papierpreise, immer geringer an Zahl werden, und daß die Zeitungen, die außer der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterpresse noch offen und ehrlich für die Republik und eine vernünftiger und bessere Wirtschaftsordnung eintreten, in ganz Deutschland bald nur noch so gering ist, daß man sie an den Fingern abzählen kann. Wir bedauern daher, daß der deutsche Reichskanzler nicht nur über die wirtschaftliche, sondern auch über die geistige Abhängigkeit der deutschen Presse so mangelhaft unterrichtet ist. Denn wenn in dieser Richtung seine Kenntnis der tatsächlichen Dinge größer wäre, so hätte er in seiner Rede gerade vor dem Reichsverband der deutschen Presse in unzuweiliger Weise auf diese Gefahren der neuzeitlichen unbestreitbaren Anrechtlichkeit des größten Teils der Presse aufmerksam machen müssen. Daß der Reichskanzler dies nicht getan hat, ja infolge seiner durch falsche Katacher vermittelten Unkenntnis der Dinge auf diesem Gebiete höchstwahrscheinlich gar nicht konnte, ist leider nur ein Beweis mehr dafür, daß dieser Mann in keiner Weise befähigt ist, Leiter des deutschen Volkes zu sein, sondern daß er selbst nur ein Geführter ist, und zwar unbewußt geführt und absichtlich mißbraucht von jenen Kreisen, die das deutsche Volk in Deutschland selbst in den Sumpf und die Abgründe der gegenwärtigen Zeit gestürzt haben.

Lohnerrhöhung im Lithographie-, Steindruck- und Chemigraphie-gewerbe. Der Tarifausschuß für das Lithographie- und Steindruckgewerbe hat am 30. Mai für die Zeit vom 26. Mai bis 15. Juni eine Erhöhung der Wochenlöhne um 13 808 bis 22 412 M. je nach Orts- und Altersklasse des Tarifs beschlossen. Daraus ergibt sich ein Spitzenlohn von 126 912 M. Für die Chemigraphen, Kupfer-, Litho- und Tiefdrucker betragen die Erhöhungen für die gleiche Zeit 15 700 bis 22 500 M. Inzwischen sind wieder neue Lohnverhandlungen eingeleitet worden, um die Löhne der Teuerung der letzten Tage näherzubringen.

Staatliche Erwerbslosenunterstützung vom 4. Juni an. Die Bemühungen des Vorstandes vom ADGB, um eine Anpassung der Unterstützungsätze für die Erwerbslosen an die Teuerung haben den Erfolg gehabt, daß sowohl Reichsrat und Regierung beschlossen haben, die Unterstützungsätze erneut zu erhöhen. Rückwirkend vom 4. Juni soll der tägliche Unterstützungssatz betragen:

Ortsklasse	A B C D/E			
	Männer über 21 Jahre mit eigenem Haushalt	5000	4650	4300
ohne eigenen Haushalt	4400	4100	3800	3500
unter 21 Jahren	3050	2850	2650	2450
Weibliche Personen über 21 Jahre mit eigenem Haushalt	4400	4100	3800	3500
ohne eigenen Haushalt	3650	3400	3150	2900
unter 21 Jahren	2750	2550	2350	2150
Zuschuß für Ehegatten	1850	1750	1650	1550
Zuschuß für Kinder und sonstige unterhaltungsbedürftige Angehörige	1450	1350	1250	1150

Die wöchentliche Unterstützung beträgt demnach:

Ortsklasse	A B C D/E			
	Männer über 21 Jahre mit eigenem Haushalt	30000	27900	25800
ohne eigenen Haushalt	26400	24600	22800	21000
unter 21 Jahren	18300	17100	15900	14700
Weibliche Personen über 21 Jahre mit eigenem Haushalt	26400	24600	22800	21000
ohne eigenen Haushalt	21900	20400	18900	17400
unter 21 Jahren	16500	15300	14100	12900
Die wöchentliche Unterstützung beträgt demnach für ein Ehepaar	41100	38400	35700	33000
Ehepaar mit 1 Kind	49800	46500	43200	39900
Ehepaar mit 2 Kindern	58500	54600	50700	46800
Ehepaar mit 3 Kindern	67200	62700	58200	53700

uff. bis zu den Höchstbeträgen. Diese Sätze finden auch Anwendung bei der Berechnung der Kurzarbeiterunterstützung. Diese beträgt die Differenz zwischen dem Unterhaltssatzen der obigen Sätze und der Hälfte des Arbeitsverdienstes des Kurzarbeiters.

Nachprüfung der Reichsindexfeststellung? Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben an den Reichswirtschaftsminister das Ersuchen gerichtet, in den nächsten Tagen eine Konferenz einzuberufen, um gemeinschaftlich mit Vertretern der Gewerkschaftsorganisationen und des Statistischen Reichsamtes die Methoden der Indexfeststellung durch das letztere einer Nachprüfung zu unterziehen. Gleichzeitg beantragten die Gewerkschaften, an der zukünftigen Feststellung

der Reichsindexziffer einen gewerkschaftlichen Beirat mitwirken zu lassen. Es wäre dringend zu wünschen, daß das Reichswirtschaftsministerium dieser Anregung in kürzester Frist Rechnung trägt. Denn die bisherige Feststellung der Reichsindexziffer läßt sehr viel zu wünschen übrig. Die Grundlagen dieses offiziellen Teuerungsmassstabes sollten zu einem Existenzminimum erweitert und die monatliche Feststellung in eine halbmonatliche umgewandelt werden. Unter Mitwirkung der Gewerkschaftskartelle ließe sich dies in verhältnismäßig kurzer Zeit sicher durchzuführen.

Briefkasten

A. S. in M.: Wird beschleunigt. — **H. S. in A.:** Besten Dank; findet baldigst Verwendung. — **P. M. in B.:** Hauptbedenken war dabei, daß andre Orte eine bestimmte Konkurrenz für sich heraus ziehen. — **G. A. in S.:** Sehr erfreut über die also gekonnte Gelegenheit; eine solche Konjunktur müßte einfach so ausgenutzt werden. — **M. S. in St.:** 1. Wird aufgenommen 2. Verspätung trotz allem nicht ersichtlich. — **M. S. in S.:** 1. Für erster Artikel beweist, daß Sie gut zu schreiben vermögen, die von Ihnen bezogenen Konsequenzen bzw. geforderten Notwendigkeiten sind zum Teil aber recht beschränkt und bewegen sich zum Teil auch im Widerspruch zu Ihren sonstigen Ausführungen (Hinweis auf Naturgesetze). 2. Im zweiten Artikel wollten Sie gegen einen Kollege polemisieren, dessen Ausführungen Sie im Kern nicht verstanden haben. Wenn noch mehr solche Einwände kommen sollten, könnte dieser Teil ja gebracht werden. — **M. in B.:** Aufnahme erfolgt mit unsrer noch ausstehenden Bepreisung dieser Tagung, worüber ja die Beihilferstellung noch nicht abgeschlossen ist. — **G. W. in M.:** Wir haben Ihre Anfrage unsern diesbezüglichen Mitarbeiter zur Beantwortung überandt. — **M. J. in G.:** Mitteilungen über abgelegte Meisterprüfungen ist der Nachweis der Verbandsmitgliedschaft beizufügen, andernfalls wir davon keinen Gebrauch machen können. — **M. S. in S.:** Mit solchen „Beweisen“ ist kein Staat zu machen. — **S. Fr. in Strauß 16:** Sie müssen den „Korr.“ durch die Post belegen; Einzelsendungen erfolgen nicht von hier aus. — **J. M. in St. G.:** Ihre Bitte hätten wir schon längst gern erfüllt, wenn nicht bisher in dieser Frage ein so großes Durcheinander geherrscht hätte; das trifft leider auch jetzt noch zu. Eine gemeinsame Veröffentlichung ist daher nicht möglich. — **M. B. in B.:** Grundsätzlich kann die Redaktion von solchen Jubiläumsworten keine Notiz nehmen, es sei denn, daß aus dem betreffenden Anlaß ein nachahmenswertes Beispiel zu verzeichnen wäre. Dafür sind aber Ihre Mitteilungen zu allgemein gehalten und mit dem Substanz nicht direkt zusammenhängend. Wir müssen es Ihnen überlassen, eine noch bestimmtere Fassung zu senden, die dann eventuell als lokale Notiz unter „Korrespondenzen“ Aufnahme finden könnte. Der weitere Wunsch bezüglich Weiterleitung an den B. V. wird gern erfüllt. — **G. G. in B.:** Beschwerde der Post übermitteln. — **D. B. in B.:** 2000 M.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamsilspah 5 II. Fernruf: Amt Kurfürst Nr. 1101
Postfachkonto: Berlin Nr. 102367 (B. Schweinitz)

Gau Schleien. Die „Korr.“-Quittungen werden ab 1. Juli mit 1000 M. in Zahlung genommen. Höhere Beträge werden nicht vergütet. — **Gau „Jungbuckler“** wird auch nur noch das Beste gegeben, was die Bezirkskassierer beachten wollen.

Bezirk Donabrüd. Das Quittungsbuch des Sehers Hermann Bra d a m a n n (Hauptbuchnummer 24 118, Schleswig-Holstein 2512) ist auf der Post verloren gegangen. Das Buch wird hiermit für ungültig erklärt, ist bei Vorgelegen abzunehmen und an den Bezirkskassierer H. F i s c h e r, Donabrüd, Marktstraße 37, einzuliefern.

Stettin. (Bezirk und Ort.) Gesamtwochenbeitrag für Juni (5 Wochen) 2200 M. **Welsau.** Dem Seher Xaver S u b e r aus Rottenburg (Hauptbuchnummer 71 709, Gau Oberrhein 1829) ist auf der Herberge in Torgau sein Verbandsbuch abhanden gekommen. Selbiges wird hiermit für ungültig erklärt und ist beim eventuellen Vorfinden abzunehmen und der Hauptverwaltung einzuliefern. Huber wurde ein neues Buch ausgestellt mit der Nummer 4419, Gau Thüringen.

Adressenveränderung

Alsbürg (Sahn). Wegen Erkrankung des Vorsitzenden sind alle Postgaben bis auf weiteres an den zweiten Vorsitzenden Karl B e d e r, Annastraße 3, zu richten. **München.** (Verlegung der Schriftleiter, Stereotypure und Galvanoplastik, Gau Bayern.) Vorsitzender: August S a b a n, München, Albrechtstraße 29, II.; Kassierer: Tibor W i l l a n d, Westermühlstraße 27. **Stettin.** (Bezirk und Ort.) Vorsitzender: Gustav W o l t e r, Stallingstraße 8, IV.

Arbeitslosenunterstützung

Donaudorfl. Die Reiseunterstützung wird von jetzt ab nur mehr werktags nachmittags 1 bis 2 Uhr im Verkehrslokal, Gasthof „Zum Hirschen“, Reichstraße 182, ausbezahlt, nicht mehr in der Wohnung des Verwalters. Die Reisekassenverwalter der umliegenden Zahlstellen werden gebeten, die Reisenden auf diese Notiz aufmerksam zu machen.

Brandenburg. Die Auszahlung der Reiseunterstützung erfolgt beim Reisekassenverwalter, Kollegen Schellenberg, Kronstraße 13, werktags von 4½ bis 5 Uhr. Die benachbarten Reisekassenverwalter wollen die reisenden Kollegen darauf aufmerksam machen.

Königsberg i. Pr. Das Verkehrslokal für Durchreisende befindet sich im Gast- und Logierhaus „Zum Reichsapfel“, Vorstädtische Hauptstraße 27 (Ecke Zentnerstraße).

Arbeitsnachweis für den Regierungsbezirk Breslau. Der Nachweis ist dem Graphischen Arbeitsnachweis der Stadt Breslau angeschlossen und haben sämtliche An- und Wiederermeldungen nur dort zu erfolgen. Adresse: Städtisches Arbeitsamt, Graphischer Arbeitsnachweis, Breslau, Gartenstraße 6.

Verfammlungskalender

Berlin. Maschinemeisterverband am 1. und 2. Donnerstag, den 21. Juni, abends 7 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Dönhofsplatz 2.
Breslau. Maschinemeisterverband am 1. und 2. Sonntag, den 27. Juni, vormittags 10 Uhr, in der „Katterode“, Neumarkt, Ecke Breite Straße.
Chemnitz. Gesamtammlung Montag, den 18. Juni, abends 7½ Uhr, im Gesellschaftshaus „Thalia“ (kleiner Saal).
Dresden. Stereotypure und Galvanoplastikerversammlung Sonnabend, den 19. Juni, abends 7 Uhr, in „Schnabts Gasthaus“, Kleine Plauenische Gasse 2.
Erlang. Bezirksversammlung Sonntag, den 21. Juni, vormittags 8½ Uhr, im „Erdwühlheim“ (kleiner Saal) in Erlang.
Frankfurt/Oder. Druckerverammlung Freitag, den 22. Juni, nachmittags 5 Uhr, im Kolleg 5 des „Gewerkschaftshauses“, Altersteilgärtstraße 61, II.
Plauen i. V. Gesamtammlung Sonnabend, den 19. Juni, abends pünktlich 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Schillerpark.
Münster i. W. Bezirksversammlung Sonntag, den 8. Juli, nachmittags 2 Uhr, im Vereinslokal Waldenbrock in Münster, Westfälische Straße.
Stettin. Gesamtammlung Montag, den 18. Juni, abends 7½ Uhr, in König-Bergs Festhau, Cutenbergstraße.

Bezirksverein Braunschweig
 Sonntag, den 24. Juni:
**Gemeinsame Feier des
 Johannisfestes**
 Treffen in Bormum bei Königs-Lutter 6 1/2 Uhr morgens.
 Wanderung über den Reiling, Zehelstein nach Lutter
 Spring. Hier Konzert, Gefangensvorsätze der beiden
 Kollegengesangvereine, Tanz und Spiele der Jugend.
 Die Kollegen der umliegenden Endorte sind freund-
 lich eingeladen. Abfahrt von Magdeburg 6,35 Uhr
 (Bahnsteig V), von Braunschweig 7,45 Uhr morgens.
Ortsverein Magdeburg

Maschinenfahrgemeinschaft im Gau Dresden
 Sonntag, den 1. Juli:
Familienausflug nach Meißen
 Dampfersahrt bis Bauenitz, dort Empfang durch Meißner
 Kollegen mit Musik, dann nach der Rebhofschenke und
 später weiter nach Meißen. Besichtigung der sehenswürdig-
 keiten (hauptsächlich Dom). Nachmittags und abends:
Gemeinsame Johannisfestfeier
 mit den Meißner Kollegen.
 Treffpunkt: pünktlich 7 Uhr Zentralfahrräder. Rück-
 fahrtgelegenheit nach Dresden: nachmittags 6,21, 7,11, 7,59,
 9,04, 9,23, 9,51, 12,00 Uhr.
 Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Freie Faktorenvereinigung (V. d. D. B.)
 Zentralkommission Berlin. Vorsitzender: C. Wachner,
 Berlin O 17, Madalstraße 11. Kassierer: Aug. Engwer,
 Berlin SO 36, Wiener Straße 14. Postfachkonto:
 Berlin NW 7, Nr. 64281.

Kreis I: Christian Eichmann, Meile 1. Hann., Kl. Masch 20;
 Heinrich Brückwedde, Bremen, Bedarfsstraße 106. Kreis II:
 Laurentz Herker, Köln-Nippes, Hartwigstraße 70. Kreis III:
 Rudolf Schlotterbeck, Frankfurt a. M., Schulze-Dehlsch-
 Straße 77. Kreis IV und V: Für diese Kreise möge sich so-
 fort je ein Funktlokale beim Vorsitzenden melden. Kreis VI:
 Georg Hampel, Erfurt, Talstraße 10. Kreis VII: Hubert Mostert,
 Leipzig-Sellerhausen, Brandiser Straße 19 II. Kreis VIII:
 Fr. Waring, Berlin SW 20, Poststraße 46. Kreis IX:
 Max Grundmann, Wetzl., Christoph-Adler-Straße 3600.
 Kreis X: Otto Werlefrange, Hamburg, Fruchtallee 89 III.
 Kreis XII: Poedke, Frankfurt Danzig, Johannisgasse 11 p.
 Beitrag monatlich 75 M.
 Aufnahme finden nur Verbandsmitglieder in leitender Stellung.

Tüchtiger Linotypesetzer
 mit mehrjähriger Praxis, guter Maschinenkennner, findet gut-
 bezahlte Dauerstellung.
 Druckerei C. Haberland, Leipzig, Eisenburger Straße 10/11.

Tüchtiger Linotypesetzer
 für sofort gesucht.
 Gustav Pihl & Co., Leipzig-Eltzsch, Eichstädterstraße 17.

**Stellung
 in Redaktion**
 sucht junger, gebildeter Schriftsetzer mit besten
 Zeugnissen. Guter Stilist, amtlich geprüfter Ge-
 schäftsschreiber (200 Ellen) und Maschinenschreiber.
 Jungensabschlüssen zu Diensten.
 Offerten erbeten unter Nr. 391 an die Geschäftsstelle
 d. Bl., Leipzig, Königsstraße 7.

Typographsetzer
 für V-B gesucht.
 „Mehrmehr Beobachter“,
 Bad Dürkheim (Wfal.).

Typographsetzer
 (Modell B), ledig, guter Ma-
 schinenkennner, für sofort ge-
 sucht. Angebote an die
 „Schramberger Zeitung“,
 Schramberg (Wietzb., G. v. B.).

**Tüchtiger
 Typographsetzer**
 für V-B-Maschine, m. längerer
 Praxis, findet dauernde Stel-
 lung. [300
 Buchdruckerei Joseph Dostal,
 Eschweiler bei Aachen.

Stellen besetzt!
 Bewerberinnen bitten Dank.
 Holzinger & Co., Stuttgart.

Jüngerer
Linotypesetzer
 25 Jahre alt, ledig, 7 1/2-jährige Praxis, erste Kraft, anerkannt
 guter Maschinenkennner, gepflanzelt in Behandlung von
 Maschine und Matrizen, mehrjährige Tätigkeit in größeren
 Zeitungs- und Werkschreibereien Deutschlands und Österreichs,
 mit verschiedenen Modellen vertraut, korrektes Arbeiten ge-
 wöhnlich, an feinkundiges Arbeiten gewöhnt, langjähriges,
 erfolgreiches Studium der englischen und spanischen Sprache,
 in ungekündigter Stellung, wünscht sich in Dauerstellung zu
 verändern. Westfalen bevorzugt, jedoch keineswegs Be-
 dingung.
 Offerten erbeten unter „Lino Nr. 48“ an die Geschäfts-
 stelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8.

Tüchtiger, durchaus zuverlässiger
Linotypesetzer
 nett und korrekt, guter Maschinenkennner und -pfeiler, wünscht
 sich in Leipzig zu verändern.
 Gest. Angebote unter Nr. 392 an die Geschäftsstelle d. Bl.,
 Leipzig, Königsstraße 7, erbeten.

**Typographsetzer
 und Konstrukteur**
 in allen Gattungen bewandert
 tüchtig in Montage, 22 Jahre alt,
sucht Stellung
 im In- oder Ausland, egal wo!
Otto Bockler, Siberaach a. d. R.,
 Giegelberg 23.

Inland! Ausland!
**Zwei jüngere tüchtige
 Maschinenmeister**
 mit allen vorkommenden Arbeiten an Tiegeln und
 Schnellpresse vertraut, an Anlegeapparaten bewan-
 dert, suchen Stellung.
 Gest. Offerten unter Nr. 400 an die Geschäfts-
 stelle d. Bl., Leipzig, Königsstraße 7, erbeten.

Vorwärtsstrebender
Schweizerdegen
 25 Jahre alt, Meister mit Lehrberechtigung
sucht geeignete leitende Stellung
 Selbster verfügt über eine gute Allgemeinbildung, ist im
 Bureauwesen bewandert und flüchtig im Verkehr
 mit dem Publikum. Auch flüchtig in Stenographie und Maschin-
 schreiben. Im Kalkulationswesen gute Kenntnisse. Stellung
 auf technischem Bureau zur
Stütze des Chefs oder Betriebsleiters
 bevorzugt.
 Offerten mit Gehaltsangeboten erbeten unter Nr. 404 an
 die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königsstraße 7.

Einige tüchtige
Maschinensetzer
 für Typographschmaschine
 Modell B und Universal für
 sofort gesucht. Anfänger
 kommen nicht in Betracht.
 Mannheimer Vereins-
 Druckerei, Mannheim,
 Kalferring 4-6.

Schriftsetzer
 ledig, bewandert in Akzidenz-,
 Werks- und Tabellenfahrs, sucht
 sofort Stellung. Sachfen und
 Thüninga bevorzugt. An-
 gebote erbeten an
 Eich Edel,
 Markt 11, Wetzlar a. d. B.

**Maschinen-
 meister**
 ledig, erfahren an 4- und
 10-feltiger Krankenthafer Re-
 station sowie an Siegel und
 Schnellpresse, sucht Stellung
 zum baldigsten Eintritt.
 Gest. Angebote an R. Kuster,
 Hildebrand, Ausmarschstraße 7.

Tüchtiger
**Illustrations-,
 Wert- und
 Plattendrucker**
 mit Universalapparat vertraut,
 an Kollies, sauberes Arbeiten
 gewöhnt, in erstklassigen Ver-
 trieben tätig gewesen, sucht
 dauernde Stellung.
 Offerten erbeten unter A 99
 hauptpostlagernd Jena.

Tiegeldrucker
 36 Jahre, m. langj. Zeugn., firm
 in ein- u. mehrfarb. Akz., sucht
 umg. feste Stell., egal wohin.
 Off. u. Nr. 399 a. d. Geschäftsstf.
 d. Bl., Leipzig, Königsstr. 7, erb.

Welche Kollegen
 gewähren zwei jungen Kollegen
 geg. Vergütung Nachquartier
 am 23. Juni in Sottemünde,
 24. und 25. Juni in Sahnitz
 (Rügen), 26. Juni in Trave-
 münde, 27., 28. und 29. Juni
 in Hamburg?
 Gest. Zuschriften erbeten an
 C. Harnberger, Altenburg
 (i. Thür.), Plankenweg 2.

Duden, Rechtschreibung, Dtsch.
 Sprache, geb. 17,200 M.
 Meyers Handlexikon, 1 Bb.
 geb. 88,000 M.
 Helms W., 4 Bb., 101,800 M.
 Schillers W., 4 Bb., 101,800 M.
 Anzengruber, 4 Bb., 101,800 M.
 Goethes W., 4 Bb., 120,400 M.
 Abzahlung 1/3 monatlich.
 C. Otto & Co., Berlin-Lichterf.

„Kloppholz“ Leipzig
 Die Mitglieder, welche ge-
 sonnen sind, ihre Mädchen (im
 Alter von 10 Jahren an) an
 Aufführungen von Volksspi-
 eln zum Sommerfest
 beteiligen zu lassen, werden
 gebeten, die Mädchen Sonn-
 abend, den 16. Juni, nach-
 mittags 3 Uhr, nach dem
 „Albergarten“ zu schicken.

Neu erschienen:
**Das Ausschliessen der
 Druckformen**
 unter Berücksichtigung
 der verbreitetsten Falz-
 maschinen.
 Bearbeitet von
 Alb. Niehammer.
 Grundzahl 1,50 M.

**25 Fragen und An-
 worten**
 Techn. Wissenswertes
 und Interessantes für
 „Linotypen“-Maschinen-
 setzer von
 Max Hartmann.
 Grundzahl 50 Pf.
 Schlüsselfachzahl 2
 5000.
**Verlag d. Bildungs-
 verbandes der Deut-
 schen Buchdrucker**
 G. m. b. H., Leipzig,
 Salomonstrasse 8 III.
 Postcheckkonto 534 50.

Esperanto - Fernkurse
 Preis: „Korr.“ Nr. 44 und 48.

**Statische
 Instrumente**
 aller Art & Garantie
 für fehlerlose Güte.
 Preisliste frei.
Max Dörfler
 Hiltgenhof
 l. S. Nr. 16

Jeder Arbeiter erkennt
 sogleich die Weltsprache
I D O
 aus dem Lehrbuche für
 Arbeiter, welches durch
 seine mod. Unterrichts-
 meth. u. prof. Anst. An-
 M. u. W. I. A. u. W. I. A.
 I. D. O. Verl., A. D. W. I.
 Leipzig, Braustr. 29 III.
 Postcheckk. Leipzig 4270
 Grundpreis 1 M. [85

Johannisfestprologe
 sechs an der Zahl, erscheinen im
 Verlag K. Giegl, München 9.
 Mitte rechtl. best., postfr. 250 M.

Am 10. Juni verstarb
 nach kurzem Kranken-
 lager unser werter Kol-
 lege, der Korrektor-
 twalibe
Robert Walleit
 im ehrenvollen Alter
 von 72 Jahren.
 Ein ehrendes An-
 denken wird ihm be-
 wahrt.
 Ortsverein Dresden.

Am 5. Juni verstarb
 in Hersfeld unser lieber
 Kollege, der Drucker
Johannes Alles
 nach längerem Leiden
 im 54. Lebensjahre.
 Er ruhe in Frieden!
 Ortsverein Hersfeld.
 Bezirksverein Juida.

Am 10. Juni verstarb
 unser lieber Kollege,
 der Setzer
Friedrich Kramer
 aus Horneburg, im
 68. Lebensjahre.
 Ein ehrendes An-
 denken bewahrt ihm
 der Buchdruckerverein
 in Hamburg-Altona.

Am 5. Juni erlag
 einem Schlaganfall un-
 ser lieber Kollege, der
 Maschinenfahrgemeinschaft
Artur Meinig
 im 48. Lebensjahre. Wir
 betrauern in ihm nicht
 nur einen Mitbegründer
 unserer Vereinigung, son-
 dern vor allem einen
 bewährten Verbands-
 kollegen, der jederzeit
 durch vorbildlichen Ver-
 sammlungsbesuch sowie
 durch Tat und Wort die
 alte Buchdruckerverein
 hochgehalten hat. Uns
 bleibt er unvergessen!
 Maschinenfahrgemeinschaft
 vereinigung im Gau
 Dresden.

Am 7. Juni verstarb ins-
 folge schwerer Verwun-
 dungen unser Mitglied,
 der Galvanooplastiker
Kurt Herrmann
 im 23. Lebensjahre.
 Wir werden sein An-
 denken in Ehren halten.
 Verein Leipziger
 Stereotypsetzer und
 Galvanooplastiker